Peter Berens

Wirtschaftliche Übergangsforderungen für die Industrie- und Handelsarbeiter

Das vergessene Aktionsprogramm der KPD vom 31.12.1918

Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet

2. überarbeitete Auflage

© 2021

Inhaltverzeichnis

2 **Einleitung**

6 **Grundsätze für die Arbeiterräte**

8 **Forderungen der Arbeiterschaft in der Übergangsperiode**

11 **Der Beitrag der Ruhr-Delegierten zur KPD-Gründung**

Einleitung

Auf dem Gründungsparteitag der KPD in Berlin leitete Paul Lange am 31.12.1918 den Punkt „Wirtschaftliche Kämpfe“ ein. Dabei verwies er auf „wirtschaftliche Übergangsforderungen“, die als „Vorschläge“ für Betriebsräte und zentrale Streikkommissionen „vorhin an den Tischen verteilt worden sind“. Diese Vorschläge wurden in Hermann Webers umfangreicher Arbeit „Der Gründungsparteitag der KPD“ nur in einer Fußnote erwähnt.[1] Darin zitierte Weber die Zeitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), die Berliner *Die Freiheit*: „Eine Kommission unterbreitet den Delegierten ausführliche ´Wirtschaftliche Uebergangsforderungen für die Industrie- und Handelsarbeiter`“. Während *Die Freiheit* umfangreich auf die Aufgaben der Betriebsräte und der auf sie aufzubauenden Rätestrukturen einging, nannte sie nur wenige konkrete „Vorschläge“. Das ganze Forderungspaket fand sich in der Essener Zeitung *Spartakus*.
Der Historische Kommunismusforscher Dr. Ulrich Mählert wies mich jedoch dankenswerterweise auf frühere Veröffentlichungen hin: Diese erfolgten von Hermann Weber in „Die Gründung der KPD“, Berlin 1993, S. 313 f., von Horst Naumann in den „Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, Heft 1/1973, S. 95 f., in der 2. DDR-Auflage des „Protokolls des Gründungsparteitages“ von 1985 und in der *Roten Fahne* vom 12.2.1919.

In der Veröffentlichung der *Rote Fahne* ist auch ein wichtiger Hinweis auf die Urheber des Aktionsprogramms enthalten:
„Die nachstehenden Forderungen für die Uebergangszeit von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktion sind von einer Kommission ausgearbeitet worden, die von den kommunistischen Arbeiter- und Betriebsräten und Vertrauensleuten der Großbetriebe eingesetzt worden. Die Kommission ist sich bewußt, daß ihr Entwurf noch manche Lücken enthält, sie erwartet von den Arbeitern eine eingehende Beratung und Vervollständigung dieser Forderungen“. Die „Wirtschaftliche Uebergangsforderungen für die Industrie- und Handelsarbeiter“ sind nicht nur Forderungen für die Arbeiterklasse. Sie sind auch von kommunistischen ArbeiterInnen aufgestellt worden.

1. Weber, Hermann (Hrsg.), Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt/M. 1969, S. 144.
2. Programm des Spartakusbundes, in: Weber, Gründungsparteitag, S. 293 f.

Für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war beim Jahreswechsel 1918/1919 die weitere Entwicklung der Revolution in Deutschland nicht eindeutig vorgezeichnet. Liebknecht sah zwei Möglichkeiten: Entweder, „daß wir in den nächsten Wochen vor der Tatsache der sozialistischen Revolution stehen“ oder „daß sich jetzt die Konterrevolution konsolidiert“[3]. Rosa Luxemburg verkündete optimistischer, dass „die Anfangsphase der deutschen Revolution abgeschlossen ist, daß wir jetzt in ein zweites, weiteres Stadium der Entwicklung treten“[4], die durch „viel heftigere Klassenkämpfe gekennzeichnet sei (…) daß die Streiks sich mehr und mehr auswachsen, daß sie immer mehr zum Mittelpunkt, zur Hauptsache der Revolution werden müssen“. Das war eine geniale Voraussicht der Streikwellen im Ruhrgebiet, deren erste im Dezember in Hamborn begonnen hatte, die aber erst im Januar, im Februar und im April 1919 neue Höhepunkte fanden. Das Aktionsprogramm der „wirtschaftlichen Uebergangsforderungen“ sollte helfen, die politische Revolution auszuweiten zu einer „ökonomische(n) Revolution und damit wird sie eine sozialistische Revolution“.

Bei der verelendeten Lage der gut 400.000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet waren Ende 1918 Streiks für höhere Löhne absehbar. Für eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit galt das nicht, war doch die Acht-Stunden-Schicht verkündet worden. Damit arbeiteten die Kumpel bei sechs Tagen 48 Stunden wöchentlich. Doch hier entwickelte sich eine ungeheure Dynamik, die mit der Übergangsforderung „Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 35 Stunden einschließlich der Pausen“ vorweggenommen wurde.
Alle Streiks wurden vom Bürgertum und der Mehrheits-SPD (MSPD) knallhart als Bolschewismus, Spartakismus und Anarchie abgelehnt, da sie das Land in den wirtschaftlichen Abgrund stürzen würden. Ferner befürchtete die MSPD, dass ihre beabsichtigte Zusammenarbeit mit den Schlotbaronen, den ostelbischen Junkern, der monarchistischer Bürokratie und dem Offizierskorps gesprengt werden könnte. Auch die USPD-Führung lehnte Streiks ab, was deren Parteigruppen in zwei revolutionären Zentren des Ruhrgebiets, in Mülheim und Hamborn, dazu führte, zur KPD überzuwechseln.

3. Weber, Gründungsparteitag, S. 126.
4. Weber, Gründungsparteitag, S. 182.
5. Weber, Gründungsparteitag, S. 189.

Im Dezember 1918 hatte der Hamborner Arbeiter- und Soldatenrat die 7,5 Stunden Schicht proklamiert. Im Januar 1919 streikten über 80.000 und im Februar 180.000 Kumpel. Im April kam es zum Generalstreik von über 300.000 Bergarbeitern, die mehr Lohn und die 6-Stunden-Schicht d.h. eine 36-Stunden-Woche forderten. Sie setzten auf Dauer die 7-Stunden-Schicht unter Tage durch.
Außerdem gründeten sie neue Gewerkschaften, sog. Unionen, zu denen viele Kumpel des freien, sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und der polnischen Berufsvereinigung ZZP überwechselten. Die Unionen waren basisdemokratisch nach Schacht-, Zechen- und Steigerrevierräten und einem Zentralzechenrat strukturiert.
Unter den Übergangsforderungen war die Sozialisierung des Bergbaus und der Hütten als „eine evtl. Übernahme ganzer Betriebs- und Wirtschaftszweige“ angerissen. Im umfangreichen „Programm des Spartakusbundes“ war sie als „Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik“[6] enthalten.
Im Sinne des Kommunistischen Manifests von Marx und Engels waren die „theoretischen Sätze der Kommunisten“ der KPD von Ende 1918 nur „allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“.

Die 35-Stunden-Woche wurde erst 1994 in der westdeutschen Stahlindustrie und 1995 in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie eingeführt. Mit anderen Worten: Das Aktions- bzw. Übergangsprogramm vom KPD-Gründungskongress war ein Meilenstein in der Entwicklung einer revolutionärer Programmatik. Bei den aktuellen Entlassungswellen in allen Branchen bleibt besonders eine Übergangsforderung aktuell: „Anstellungen und Entlassungen von Arbeitern können nur mit Genehmigung des Werkstatts- oder Betriebsarbeiterrates erfolgen“.

Peter Berens, Oberhausen, 02.04.2021

3. Weber, Gründungsparteitag, S. 300.

Hamborn. Hamborn.

Aufruf!

Da am Sonntag die Kreis-Konferenz der U. S. P. für den Wahlkreis Duisburg—Mülheim—Oberhausen—Hamborn beschlossen hat, geschlossen dem kommunistischen Bund (sprich: Spartakus-Gruppe) beizutreten, so fordert Unterzeichneter **alle Mitglieder der U. S. P. von Gross-Hamborn, welche nicht der Spartakus-Gruppe beitreten wollen, auf,**

am Donnerstag den 16. Januar, abends 7 Uhr,

im Lokale Kadenbach, Ecke Schill- und Sterkraderstrasse, zu einer

Besprechung

zusammen zu kommen. Zweck derselben ist, **Neugründung einer Gruppe der U. S. P.** resp. Zusammenschluss der nicht kommunistisch werden wollenden Mitglieder zu einer neuen Ortsgruppe für Hamborn.

Arnold.

Am Sonntag, vormittags ½9 Uhr,
findet im Lokale **Fischneuski,**
Oberhausenerstraße 128, eine

Mitglieder-Versammlung

der kommunistischen Partei (früher U.S.P.)
statt. Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Duisburger Kreis-Konferenz.
2. Neuwahl des Vorstandes.

Wir erwarten daß alle Mitglieder erscheinen.

Der Filialleiter.

Fahrrad
mit Bereifung
zu kaufen gesucht.
Volkenborn, Uhlandstr. 69
Telefon 1449.

Die Beleidigung die ich gegen die Frauen u. Mädchen, die an dem Demonstrationszuge, welcher durch die Unabhängige Partei am 22. Dez. 1918 veranstaltet wurde, teilnahmen, ausgesprochen habe, nehme ich mit großem Bedauern zurück.

Franz Kosik, Westenfeld
Augustastraße 8.

Aus: Die Freiheit, Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte, 2. Jg., Nr. 12, Mülheim / Ruhr 19.01.1919, Haus der Geschichte Mülheim/Ruhr, 1430/11

Grundsätze für die Arbeiterräte

Nach der Ausgabe der Berliner Freiheit vom 31.12.1918, Seite 3, würden die „Grundsätze für die Arbeiterräte“ in direkter Rede wie folgt lauten[7]:

In allen Betrieben sind Betriebsräte einzusetzen, die in allen Angelegenheiten, die das Arbeitsverhältnis des Arbeiters und der Angestellten zum Unternehmer betreffen, selbstständig nach Anhören des Unternehmers entscheiden.

Der Betriebsrat soll die Kontrolle über die Produktion und den Geschäftsbetrieb des Unternehmens ausüben.

Dem Unternehmer steht über die Entscheidung des Betriebsrats das Recht der Beschwerde bei dem Bezirks-Wirtschaftsrat zu.

In den Werkstätten sind Werkstättenräte einzusetzen.

Der Bezirks-Wirtschaftsrat hat in allen Fragen selbstständig zu entscheiden. Er wird von den Arbeitern und Angestellten eines zusammenhängenden Bezirks gewählt.

Für die einzelnen Industrie- und Handelszweige werden Industrie- und Handelswirtschaftsräte gewählt.

Für das ganze Reich wird von den Bezirkswirtschaftsräten ein Zentralwirtschaftsrat gebildet. In ihm sollen auch berufene Fachleute als Berater aufgenommen werden.

Zu seinen Aufgaben gehören die allgemeine Kontrolle der Produktion, namentlich der Rohstoffproduktion und des Außenhandels und die Belieferung der einzelnen Industrien mit Arbeitsmitteln vom Standpunkt der Überleitung zur sozialistischen Wirtschaft.

Der Zentralwirtschaftsrat ist berufen zur Übernahme ganzer Industriezweige in sozialistische Verwaltung.

7. Die Forderungen wurden von indirekter in direkte Rede übertragen und einzeln aufgeführt, P. B.

Die gesamten Wirtschaftsräte unterstehen dem Zentralkongress der Arbeiter- und Soldatenräte.

Zur Leitung aller Streikbewegungen, um sie alle auf das sozialistische Ziel zu richten und eine evtl. Übernahme ganzer Betriebs- und Wirtschaftszweige zu bewerkstelligen, ist von allen Bezirkswirtschaftsräten eine zentrale Streikkommission zu schaffen, die bei jedem Streik sofort in Funktion tritt.

„Forderungen der Arbeiterschaft in der Uebergangsperiode“[8]

(Fortsetzung der von der Kommission aufgestellten, in unserer gestrigen Nummer publizierten *Grundsätze für die Arbeiterräte)*.

1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 35 Stunden einschließlich der Pausen.

2. Überstunden sind im Notfalle, nach Entscheidung durch den *Werkstatts- oder Betriebsrat*, zu leisten, doch müssen sie später von der regelmäßigen Arbeitszeit in Abzug gebracht werden.

3. Die Arbeitszeit ist bei einer aus Mangel an Rohstoffen oder technischen Störungen notwendig werdenden Einschränkung der Produktion weiter zu kürzen, so dass möglichst allen Arbeitern Gelegenheit zur Arbeit gegeben ist.
Sollte trotzdem in einzelnen Industriezweigen größere Arbeitslosigkeit eintreten, so ist den Arbeitslosen eine Unterstützung in der *Höhe des Mindesttageslohnes vom Reiche* zu zahlen. Die Mittel dafür sind vom ganzen Unternehmertum zu tragen; die Kontrolle darüber liegt in den Händen des Zentralarbeiterrates.
Jede zwangsweise Abschiebung von Industriebarbeitern aufs Land ist zu verhindern.

4. Verbot der Nachtarbeit für die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Ausnahmen sind für die Betriebe zulässig, in denen aus technischen Gründen oder im Interesse des Gemeinwohles eine längere Betriebszeit erforderlich ist. Die Entscheidung darüber liegt in den Händen des Zentralarbeiterrates.

8. Spartacus, Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartacusbund), Jahrgang 1, Nr. 11, Essen-Ruhr, 18.02.1919. Haus der Geschichte / Stadtarchiv Essen, Die o.g. vorherige Ausgabe des Spartacus ist nicht vorhanden.

5. Ferien von vierzehn Tagen in der Zeit vom Mai bis September bei Fortzahlung des Lohnes und einer Ferienzulage. In den Ferien fallende Festtage sind nicht einzurechnen. Die Urlaubslisten sind von den Werkstatts- und Betriebsräten aufzustellen.

6. Anstellungen und Entlassungen von Arbeitern können nur mit Genehmigung des Werkstatts- oder Betriebsarbeiterrates erfolgen.

7. Periodische Festsetzung von Mindesttagelöhnen durch die Arbeiterräte eines Ortes oder Bezirkes. Der Lohn ist ohne Abzug zu zahlen, alle Beiträge für die soziale Versicherung sind vom Unternehmer zu zahlen.

8. Gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit an Männer und Frauen.

9. Abschaffung der Akkordarbeit und aller Prämiensysteme.

10. Bezahlung von Festtagen, die in die Arbeitswoche fallen.

11. Der 1. Mai gilt als Festtag.

12. Im Krankheitsfalle ist der Lohn bis zu sechs Wochen fortzuzahlen, bei längerer Krankheitsdauer oder völliger Erwerbsunfähigkeit hat das Reiche eine Unterstützung in der allgemeinen Lohnhöhe zu zahlen.

13. Wöchnerinnen sind vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung von der Arbeit befreit und ist ihnen für diese Zeit der Lohn weiterzuzahlen.

14. Lieferung aller Werkzeuge, Materialien und spezieller Berufskleidung. Verschließbare Werkzeug- und Garderobenschränke.

15. Einrichtung von Betriebsbibliotheken und Lesehallen unter Leitung des Betriebsarbeiterrates.

16. Hygienische Forderungen:

a) Einrichtung von einwandfreien Wasch-, Bade- und Aborträumen, Lieferung von Seife und Trockentüchern.

b) Einrichtung von Trockenräumen.

c) Einrichtung von Speisesälen und Speisewärmvorrichtungen“.

Kommunistische Arbeiter-Partei, Essen
(Mitglied des Spartakus-Bundes)

Freitag, den 27. Dezember 1918, nachmittags 5 Uhr, im Viktoriahaus (am Pferdemarkt)

außerordentliche
Mitglieder-Versammlung

Sehr wichtige Tagesordnung.

Erscheinen der Genossen Pflicht.

Der Aktionsausschuß. I. A.: Rogalla.

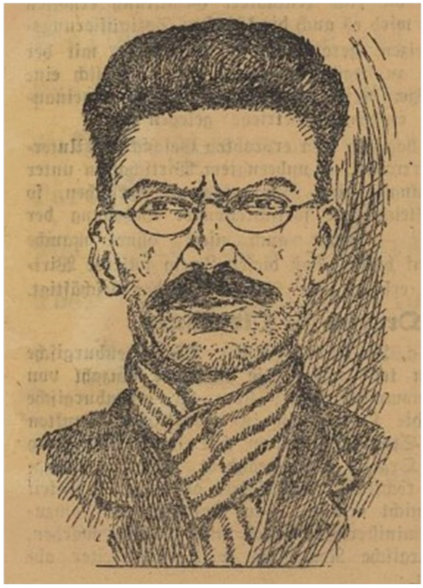
Aus: Die Freiheit, Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte, 1. Jg., Nr. 21, Mülheim Ruhr 27.12.1918, Haus der Geschichte Mülheim/Ruhr, 1430/11.

Der Beitrag der Ruhr-Delegierten zur KPD-Gründung

Der Gründungsparteitag der KPD am 30.12.1918 – 1.1.1919 in Berlin kam viel zu spät, um größeren Einfluss auf die Novemberrevolution nehmen zu können. Die Gründung einer Internationalistischen Sozialistischen Partei scheiterte im August 1917 auf einer Konferenz in Berlin an der Verhaftung ihrer TeilnehmerInnen, darunter ein Delegierter aus Moers. Sonst wäre eine revolutionäre Partei nicht nach der Novemberrevolution, sondern 15 Monate *vorher* gegründet worden.

Im Ruhrgebiet bildete sich die KPD erst im Januar und Februar 1919 heraus. Hier war die vorbereitende Arbeit vor allem ein Verdienst der Gruppe um Carl Minster, August Schoch, Arthur Hammer und Rosi Wolfstein, die ab August 1914 die Anti-Kriegs-Opposition in der SPD in Duisburg, Hamborn, Mülheim und Moers organisierten. Ab 1. Juli 1916 erschien in Duisburg die revolutionäre Wochenzeitung *Der Kampf* in gedruckter Form, als Rosa Luxemburgs Gruppe Internationale ihre Flugschriften noch auf Wachsmatrize abzog. Schnell fanden sich die Oppositionellen an der Ruhr außerhalb der SPD wieder.

Die Mitglieder der Gruppe *Der Kampf*, die ab Mai 1917 ihre Zeitschrift aus Holland ins Revier schmuggelten, spielten nach der Novemberrevolution eine bedeutende Rolle im westlichen Ruhrgebiet. Carl Minster und August Schoch stellten ab 1. Dezember 1918 in Mülheim die einzige revolutionäre Tageszeitung im Revier auf die Beine. Arthur Hammer war erst ein wichtiger Organisator der KPD, später der Union der Hand- und Kopfarbeiter. Rosi Wolfstein half, eine revolutionäre Jugendbewegung aufzubauen. Neben den Bremer Linksradikalen war die Gruppe *Der Kampf* ein eigenständiger Gründungsbestandteil der KPD.



Carl Minster

Minster, Hammer und Wolfstein intervenierten zu verschiedenen Punkten auf dem KPD-Gründungskongress. Der Namensvorschlag *Kommunistische Arbeiterpartei* dürfte von ihnen gekommen sein, da im Ruhrgebiet örtliche Gruppen zunächst unter dem Namen *Kommunistische Arbeiterpartei (Spartakusbund)* gegründet wurden. Sie diskutierten auch über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung.
Zum Zeitpunkt der KPD-Gründung war die Frage Nationalversammlung oder Arbeiter- und Soldatenräte (ASR) noch nicht endgültig entschieden, obwohl sich der Allgemeine Rätekongress mit der Mehrheit der MSPD für die Wahl der Nationalversammlung am 19.01.1919 ausgesprochen hatte. Im Ruhrgebiet radikalisierten sich die ASR im Januar und Februar 1919, wobei viele örtliche Räte von der MSPD zur USPD-KPD übergingen. Erst die Besetzung des Ruhrgebietes durch Reichswehr und Freikorps brach Ende Februar die Macht der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte.
Der Spartakusbund und Rosa Luxemburg waren für die ASR und gegen die Nationalversammlung gewesen, bis Rosa Luxemburg eine Woche vor der Gründung der KPD in einem ungezeichneten Artikel für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung eintrat. Den plötzlichen Schwenk der Zentrale des Spartakusbundes um 180 Grad konnten viele Delegierte des Parteitags nicht nachvollziehen. Dazu kam, dass Mitglieder der Zentrale wie Paul Levi, die gegen Rosa Luxemburgs Vorschlag waren, durch die undemokratische Körperschaftsdisziplin der Zentrale gezwungen wurden, für die Nationalversammlung einzutreten. Levi hielt sogar die Einleitung zu diesem Punkt.
Die Ansicht der Spartakus-Zentrale um Rosa Luxemburg und Liebknecht wurde von zwei Rednern aus dem Ruhrgebiet unterstützt. Der bisherige Duisburger USPD-Vorsitzende Ulrich Rogg sprach sich für eine Wahlbeteiligung aus und stellte den Antrag, „sich an der Wahl zur Nationalversammlung zu beteiligen“ und auf die Stimmzettel die Namen Liebknecht und Luxemburg zu schreiben. Minster aus Mülheim war der Meinung, dass die Nationalversammlung durch Streiks der Bergleute noch zu verhindern sei. Um dafür zu wirken, wäre eine Beteiligung an den Wahlen nützlich. Das verstanden schon die eigenen Unterstützer nicht, die sich in Essen und in der Mülheimer *Freiheit* gegen eine Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ausgesprochen hatten.

Unter den Oppositionellen auf dem Parteitag gab es zwei unterschiedliche Haltungen. Die eine argumentierte grundsätzlich gegen eine Wahlbeteiligung. Die andere war die von Eugen Levine und Rosi Wolfstein. Sie sprachen aus taktischen Gründen dagegen. Levine sah die Hauptaufgabe darin, sich auf den Aufbau von Betriebsräten zu konzentrieren. Unter sich könne man gegen die Nationalversammlung, aber für eine Wahlbeteiligung argumentieren: „Aber die Genossen werden nicht mehr fähig sein, in den Betrieben ihren Kollegen dasselbe beizubringen (…) In dem Augenblick, wo man ihr [der Masse -Anm. P.B.] sagt, beteiligt euch an den Wahlen, verwischt sich ihre strenge Gegnerschaft zur Nationalversammlung und der Schwerpunkt verlegt sich von der Aufgabe des Aufbaus der Betriebsräte auf die Hoffnung, in der Nationalversammlung etwas erringen zu können“[9].

Levine kam nicht am grünen Tisch zu dieser Einsicht, sondern durch seine Erfahrungen im Ruhrgebiet. Eines der wenigen Mitglieder des Spartakusbundes, die ein Mandat zum Allgemeinen Rätekongress im Dezember 1918 bekommen hatten, war er als Delegierter für Essen gewählt worden. Der Antrag von Rogg für die Befürworter bekam 23 Stimmen. Rühles Antrag, der zur Wahlenthaltung aufrief, bekam 62 Stimmen.

9. Weber, Gründungsparteitag, S. 111 f.

Revolutionäre **I**nitiative **R**uhrgebiet

www.riruhr.org
info@riruhr.org

© 2. Auflage Januar 2021 (1. Auflage April 2020)